

V e r h a n d l u n g s p r o t o k o l l  
der 29. Sitzung des Bundesrates vom 17. April 1964

---

<u>Vorsitz:</u>	Hr. Vizepräsident Tschudi	
<u>Abwesend:</u>	Hr. Bundespräsident von Moos (dienstl.)	
<u>Schriftführer:</u>	Hr. Weber	
<u>Protokolle:</u>	keine	
<u>Beginn:</u>	9 Uhr	<u>Schluss:</u> 12 Uhr 20

---

Mitteilungen des Vorstehers des EPD

Vertretung der brasilianischen Interessen in Kuba

Herr Wahlen teilt mit, dass unser Botschafter anlässlich der Amtsübernahme durch den neuen Präsidenten angefragt worden sei, ob die Schweiz bereit wäre, die brasilianischen Interessen in Kuba zu vertreten. Es handle sich um die Verwaltung von 2 oder 3 Gebäuden. Dazu komme eine kleine brasilianische Kolonie von 20 bis 30 Personen und drei Kubaner, die in der brasilianischen Botschaft Schutz gesucht hätten. Diese müssten in eine andere Botschaft transferiert werden.

Herr Wahlen ist der Auffassung, dass wir das Mandat übernehmen sollten.

Der Rat ist einverstanden.

Protestnote der Regierung der chinesischen Volksrepublik

Wie Herr Wahlen mitteilt, ist unserem Botschafter in Peking eine in unverschämten Tone gehaltene Note überreicht worden, worin man sich wegen der Hilfe und Asylgewährung an Tibetaner und über den Umstand beklagt, dass man in Genf einen Vertreter des Dalai Lama zugelassen habe.

Was diesen Vertreter betreffe, habe man ihm die Aufenthaltsbewilligung erteilt unter der Bedingung, dass er sich jeder Politik enthalte. Das EPD habe den chinesischen Geschäftsträger in Bern anstandshalber davon in Kenntnis gesetzt. Wegen des höchst unständigen Tons der Note werde man nicht darum herumkommen, sehr energisch zu antworten. In einem Punkte sei man bei der Sammel-tätigkeit etwas weit gegangen, in dem die Organisatoren die Sammlung sehr stark unter den Gesichtspunkt des chinesischen Terrors in Tibet gestellt hätten. Man werde den Organisatoren sagen, sie möchten künftig die humanitäre Seite der Hilfe in den Vordergrund stellen.

Schriftliche Anträge

Bundeskanzlei

Festsetzung des Abstimmungsdatums über die Teuerungs-bekämpfung

Es liegt eine Notiz des Generalsekretärs EVD vor vom 16. April



über die nochmalige Konsultation der Parteien im Auftrag von Herrn Bundesrat Schaffner.

Herr Schaffner vertritt die Auffassung, dass der Rat heute kein definitives Datum festsetzen müsse, sondern sich mit der Feststellung begnügen sollte, dass das Junidatum für die Abstimmung nicht in Frage komme. Es stehe eine Sitzung der Finanz- und Wirtschaftsdelegation des Bundesrates über das Anschlussprogramm bevor. Je nach dem Ergebnis, werde man sich später dann entscheiden müssen, ob man den Oktober 1964 oder den Februar 1965 wählen wolle.

Der Herr Vizepräsident stellt fest, dass der Rat heute nur die Frage entscheiden müsse, ob das Junidatum für die Abstimmung in Frage komme oder wegfalle.

Herr Spühler stellt fest, dass die vom EVD angewandte Methode der Konsultation nicht dem entspreche, was der Bundesrat eigentlich damit bezweckt habe. Der erste Bericht von Herrn Dr. Huber habe eindeutig zugunsten eines möglichst frühen Datums gelaute. Seitens der Parteien werde jetzt aber erklärt, dass sie mit dem Oktober auch noch einverstanden wären. Er habe ganz den Eindruck erhalten, man habe bei der Konsultation etwas auf den Oktober hingezielt. Er halte das Gewicht dieser Erklärungen deshalb nicht für gross und glaube, dass der Bundesrat in seiner Entscheidung verhältnismässig frei sei.

Was das Anschlussprogramm betreffe, sei er sehr beunruhigt gewesen, aus dem ersten Bericht von Generalsekretär Dr. Huber zu vernehmen, dass noch nicht viel Konkretes vorhanden sei. Herr Spühler erinnert daran, dass man in Zäziwil festgestellt habe, dass man ein Gremium von einigen Fachleuten bestellen sollte, das ein solches Programm aufstellen würde. Trotzdem seither gegen 6 Monate vergangen seien, sei dieses Problem noch nicht angepackt worden. Seiner Meinung nach hätte das sofort nach der Verabschiedung der Botschaft durch den Bundesrat geschehen sollen. Damit solle kein Misstrauensvotum gegen die Mitarbeiter des Herrn Schaffner ausgesprochen werden. Er finde nur, dass das Gremium weitgehend hätte entlastend wirken können. Im übrigen habe er den Eindruck, dass das Anschlussprogramm die Abstimmung nicht stark beeinflussen werde. Das Programm werde ebenfalls kontrovers sein und manche Erwartungen enttäuschen. Er befürchte, dass man sich mit dem Oktoberdatum zwischen Stuhl und Bänke setzen werde. Wenn man den Pulsschlag im Volke spüre, so wären dort viele für ein baldiges Datum. Der Bundesrat lasse mit dem Zuwarten die günstige Stimmung verflattern. Heute seien nur die Gegner sehr aktiv. Von den Anhängern aber werde nichts unternommen. Dort warte man auf die Festsetzung des Abstimmungstermins durch den Bundesrat und werde die Propaganda erst abrollen lassen, wenn es so weit sei. Die Migros mache laufend Propaganda gegen die Massnahmen der beiden Bundesbeschlüsse. Herr Spühler sei überzeugt, dass Ende Juni das beste Datum wäre. Das Argument Grütter, dass sich die Stimmbürger im Herbst eher zu orientierenden Versammlungen "mobilisieren" lassen als im Juni, treffe erst für den Juli zu. Wähle man den Oktober, dann sei zu befürchten, dass die Aufklärung erst in der zweiten Septemberhälfte beginne.

Herr Chaudet erklärt, er sei wegen der Chance, die günstige Stimmung im Volke auszunützen, ursprünglich für ein möglichst frühes Datum gewesen. Jetzt scheine es ihm, dass man bereits zu spät sei, um noch von einem "frühen" Datum profitieren zu können. Die gute Zeit dafür wäre April oder Mai gewesen. Im Juni habe er Bedenken, ob man eine gute Propaganda werden führen können wegen der Parlamentarier, des Geldmangels in den Parteikassen und der Schwierigkeit, die Stimmberechtigten an die Urnen zu bringen. Der Sprechende glaubt, dass das Ergebnis der Abstimmung stark abhängen werde vom Anschlussprogramm des Bundesrates. Die bisherigen Dämpfungsmassnahmen seien passiver Natur gewesen. Dazu sollte nun ein aktives Programm kommen, das zeige und überzeuge, dass alle für den Wert des Frankens und gegen die Inflation kämpfen müssten. Wenn man von den Vorteilen einer frühen Abstimmung hätte profitieren wollen, dann hätte man ein Datum vor dem Juni wählen müssen. Im Oktober dürften sich die Vorteile einer frühen Abstimmung nicht mehr bemerkbar machen, vielleicht aber auch noch nicht alle Vorteile eines Zuwartens. Die richtige Alternative wäre ein früher oder ein später Termin gewesen.

Herr Wahlen stellt fest, dass der Entscheid erschwert werde durch die Begleitumstände, die mitspielen. Die ganze Art und Weise wie heute die Angelegenheit in der Oeffentlichkeit behandelt würde, sei beunruhigend. Man spreche zu Unrecht von einem gespaltenen Bundesrat. Beunruhigend sei, das verständnislose Verhalten des Gewerbeverbandes, den man einst als Stütze der Demokratie betrachtet habe. Dazu gehören die Stimmen aus den nationalökonomischen Fakultäten. Eine Auseinandersetzung mit dem Gewerbeverband wäre an der Zeit. Es gebe Gelegenheit zurückzuschlagen, wenn man nur überlegt, was sich diese Leute unter dem Gesichtspunkt des Profitierens von der Konjunktur geleistet haben. Herr Wahlen erinnert an das Beispiel aus der letzten Sitzung, wo die Offerte einer österreichischen Baufirma für den Bau eines Weges um 430'000 Franken billiger gewesen sei als die günstigste Schweizer Offerte. Das seien alles Dinge, die im Hinblick auf die Konjunkturdämpfung unhaltbar seien. Es gehe dahin, sich zum Nachteile des Ganzen, unerlaubte Vorteile zu sichern. Das sollte sich der Bundesrat einfach nicht gefallen lassen müssen. Die Gegner hätten das Geld für die Bekämpfung der Vorlage bereit. Fischer habe 1/2 Million zur Verfügung. Im Migros-genossenschaftsbund seien es 2 Männer, die allein entscheiden können, ob sie eine Million in die Abstimmungskampagne werfen wollen. Die Parteien aber hätten kein Geld. Unsere Parlamentarier werden sich nicht einsetzen. Im Juni seien sie dazu noch durch die Session behindert. Für eine Abstimmung im Juni müsste man ernsthafteste Anstrengungen machen, damit bis dahin einiges Geld vorhanden sei.

Für den Sprechenden komme der Juni aus diesen Gründen nicht in Frage. Im Mai wäre vielleicht noch der nötige Elan im Volke vorhanden gewesen. Jetzt müsse man suchen, mit dem Anschlussprogramm die Stimmung wieder anzukurbeln. Psychologisch könnte sich der Umstand günstig auswirken, dass die EWG-Länder auch gezwungen seien eine Konjunkturdämpfung zu machen und ähnliche Massnahmen ergreifen müssten wie die Schweiz. Er komme aus diesen Ueberlegungen zum Schluss, dass der Februar 1965 der abstimmungspolitisch günstigste Termin sei. Heute brauche man aber den endgültigen Termin noch

nicht zu fixieren. Es genüge, wenn man entscheide, dass der Juni nicht in Frage komme.

Herr Vizepräsident Tschudi erklärt, dass er die Vorteile eines frühen Datums für sehr gross halte. Den Parteien habe man jetzt den Weg des geringsten Widerstandes geöffnet. Aus ihren Antworten bekomme man den Eindruck, sie hätten es bequemer gefunden, zuzuwarten. Nachdem der Elan im Volke verflacht und die Stimmung bei den Parteien verfliegen sei, bedauere er, dass man die Chancen nicht s.Zt. besser genutzt habe. Bei jedem späteren Datum würden die Aussichten schlechter. ~~Das Gewerbe sei nie eine Stütze der Demokratie gewesen. Es bestünde zwischen Gewerbe und Landwirtschaft in dieser Hinsicht ein grosser Unterschied.~~

Herr Bonvin erinnert daran, dass ihn der Rat beauftragt habe, wegen der Einladung der Parteien zu einem Gespräch mit einer Delegation des Bundesrates Fühlung mit den Mitarbeitern des Herrn Schaffner zu nehmen. Das sei geschehen. Er habe dann aber feststellen müssen, dass Generalsekretär Dr. Huber die Konsultation der Parteien bereits eingeleitet habe. Er habe deshalb dieser Sache den Lauf gelassen. Der Sprechende glaubt auch, dass das Ausnutzen des Anfangselans besser gewesen wäre als das Zuwarten. Er frage sich, welchen Einfluss nun die Miragebotschaft haben werde. Das positivste Element sei tatsächlich das, dass alle Staaten in Europa sich in ähnlicher Lage befänden und ähnliche Massnahmen treffen. Das habe bereits etwas das Vertrauen in unsere Massnahmen gestärkt, was sich schon bei einer Abstimmung im Juni auswirken könnte. Wenn das Anschlussprogramm des Bundesrates zur Diskussion stehe, könnte der Appell an die Vernunft auch einen Einfluss auf die politische Stimmung bringen. Vielleicht gelinge es auch beim Voranschlag eine Anstrengung zu machen, die imponiere. Bei der Bauwirtschaft könne man bereits feststellen, dass die Auswirkungen in der Anwendung weit weniger weit gingen als man befürchtet hätte. Der Juni wäre an sich der beste Zeitpunkt gewesen, lasse sich aber bei der heutigen Situation nicht mehr realisieren.

Herr Schaffner stellt nochmals fest, dass man heute nicht das endgültige Abstimmungsdatum festsetzen müsse. Es sei nur zu prüfen, ob man mit dem Juni zurecht kommen würde. Man habe mit der Vorbereitung des Anschlussprogramms keine Zeit verloren. Die interdepartementale Arbeitsgruppe sei unter Beizug der besten konjunkturpolitischen Fachleute fest dahinter. Wenn man formell das in Aussicht genommene Expertengremium nicht gebildet habe, so sei daran die Opposition des Gewerbes schuld. Auch in der bundesrätlichen Finanz- und Wirtschaftsdelegation habe man die Vorbereitungsarbeiten eingeleitet. Man werde dem Bundesrat in einer der nächsten Sitzungen berichten. Im Juni werde man von den Früchten des Programms noch nicht profitieren. Dazu werde sich die Kritik mit der Zeit verflüchtigen. Was die Massnahme des Baubeschlusses betrifft, zeige sich in der Praxis, dass der Eingriff sehr massvoll und durchführbar sei.

Entscheidend für das Datum der Abstimmung aber sei, dass man für eine Abstimmung im Juni bei den Parteien kein Geld habe. Der Vortritt sei bereit uns zu helfen. Herr Köchlin habe sich entschieden hinter den Bundesrat gestellt. Wenn bei diesen Leuten einmal das Argument, dass sie "keine Katze im Sack kaufen wolle", wegfalle, werde man sie für uns haben. Es sei also besser den Juni nicht

17.4.64

zu wählen. Die Frage, ob der Oktober 1964 oder der Februar 1965 in Frage kommen, müsse dann im Lichte des Anschlussprogramms später entschieden werden.

Wenn wir eine bessere Publizistik hätten, wäre das Brüsseler Programm für die 6 EWG-Länder zu einer Sensation geworden. Was die Schweiz bereits beschlossen habe, werde von allen 6 EWG-Ländern als das Richtige in dieser Lage angesehen. ~~Dagegen be- wege sich Herr Wahlen und der Sprechende nach der Auffassung des Gewerbeverbandes entlang der Grenze des Landesverrates. Vielleicht gehe aber auch im Gewerbeverband einmal der Krug zum Brunnen bis er bricht. In der Gewerbegruppe der Bundesversammlung seien eine Reihe von Herren weggelaufen, weil sie die Angriffe des Herrn Fischer gegen die Politik des Bundesrates nicht mehr ertragen hätten.~~

Herr Spühler stellt fest, dass man nicht nur, wie gesagt worden sei, auf die Industrie zählen könne. Man könne auch auf die Gewerkschaften zählen. Das sei die einzige befürwortende Gruppe, der Mittel zur Verfügung stünden. Zwischen Gewerkschaften und Industrie bestünden aber zum Teil gegensätzliche Ideen. Die Gewerkschaften würden erklären, sie seien zu einem Entgegenkommen bereit, jedoch nicht unter dem Druck des Abstimmungsdatums. Man komme in der Frage der Arbeitszeitverkürzung und des Lohnes eher zu einem Ziel, wenn man wisse, dass die Teuerungsbekämpfungsmassnahmen in Kraft stehen. Die grosse Masse unseres Volkes müsse täglich die Bereicherung einer Gruppe mit ansehen, mit der sie bei ihren Einkäufen immer in Kontakt trete. Aus diesen Gesichtspunkten heraus wäre es besser gewesen, wenn man so rasch wie möglich entschieden hätte. Der Sprechende bedaure, dass der Bundesrat, der am Anfang sehr gut da gestanden sei, die Führung nicht mehr habe.

Was das Expertengremium betreffe, so sei Herr Spühler dafür gewesen, dass darin auch die Sozialpartner vertreten gewesen wären. Er möchte bitten, dass man die Frage des Gremiums nicht nur diskutiere, sondern verwirkliche.

Herr Chaudet hält dafür, dass man die Volksabstimmung gleich an den im Parlament mit Elan geführten Kampf hätte anschliessen sollen.

Wenn man den Juni ablehne, dann werde man im Oktober dem Volke noch kaum einen klaren Aufschluss über das, was der Bundesrat mit dem Anschlussprogramm wolle, geben können. Der Oktober mache ganz den Eindruck eines Kompromisses. Setze man das Datum auf den Februar fest, dann zeige man damit, dass man die Sache ruhig nehme.

Herr Spühler ist ebenfalls der Meinung, dass es jetzt nur die Alternative Juni oder Februar gebe.

**Beschluss:** Mit 4 gegen 2 Stimmen wird beschlossen, im Juni keine Abstimmung durchzuführen.

**Presseorientierung:** Es wird ein Pressecommuniqué auf Grund eines Entwurfes Schaffner genehmigt, das der Vizekanzler den Journalisten im Wortlaut vorlesen soll.

MilitärdepartementMiragebeschaffung III, Gewährung eines Zusatzkredites für die Beschaffung

Der Herr Vizepräsident stellt fest, dass nur ein Mitbericht des FZD vorliege, der keine Aenderungsanträge enthalte. Die Botschaft solle am nächsten Dienstag verabschiedet werden. Heute seien die Vorschläge auf Aenderung der Vorlage zu entscheiden.

Herr Chaudet bemerkt, dass er zu jedem Punkte des Mitberichts des FZD Stellung nehmen könnte. Es dürfte aber rationeller sein, wenn er die Stellungnahme des EMD bis nächsten Dienstag schriftlich fixiere.

Der Rat ist damit einverstanden.

Herr Vizepräsident Tschudi erklärt, dass es wichtig sei, dass heute die Vorschläge für eine Aenderung der Botschaft gemacht werden. Um die Diskussion anzuregen wirft er die Frage auf, ob man sich mit der rein technisch administrativen Darstellung der Vorgänge und der Gründe für die Verteuerung begnügen wolle oder, ob man daneben auch mehr grundsätzliche Ausführungen machen sollte? Er frage sich z.B., ob man nicht gewisse Ausführungen über die Verantwortlichkeit machen und darauf hinweisen wolle, dass man eine Expertise mit Herrn Daenzer an der Spitze angeordnet habe?

Herr Chaudet stellt fest, dass in der Botschaft das Problem des Mirage und der Beschaffungskosten zu behandeln gewesen sei. Man habe dabei mit offenen Karten gespielt. Man habe sogar in der Frage der Mehrkosten viel vorsichtiger gerechnet als im Allgemeinen. Man habe einen Kreditbedarf errechnet, in dem alle irgendwie voraussehbaren oder möglichen Mehrkosten berücksichtigt seien.

Ueber die Zukunft unserer Luftverteidigung und anderer Fragen werde er ein ausführliches Exposé halten anlässlich der Behandlung der Botschaft in den Räten. Dazu gehöre auch der Finanzplan der Luftwaffe für die Zukunft. Man werde dabei auch den Plafond angeben für die Lösung mit bemannten Flugzeugen. Man komme dazu, im Gleichgewichtszustand nur noch einen Bedarf von 300 Maschinen aufrecht zu erhalten.

Der Bundesrat werde sich auch entscheiden müssen, welchen Anteil dem Volkseinkommen man als Basis nehmen könnte für alle Massnahmen der Landesverteidigung. Man sei beim EMD zu einer Grundlage von 3,8 % gekommen. Es scheine ihm, dass man über alle diese Fragen eher im Exposé berichten sollte als in der Botschaft, die damit zu sehr belastet würde.

Herr Spühler hat doch den Eindruck, dass die Botschaft auch einige Bemerkungen allgemeiner Art enthalten sollte. Sie gebe nur Auskunft über die Frage, wie man zu diesen Kostenüberschreitungen gekommen sei. Sie sei ein rein technischer Bericht. Die Botschaft soll nicht den Eindruck erwecken, als wenn das ganze Problem mit der Bewilligung eines Nachtragskredites erledigt wäre, denn man wird fragen: "Und was jetzt?" Die Botschaft sollte in den Zusammenhang gestellt werden mit den Problemen der Landesverteidigung, wie zum Beispiel Frage einer neuen Gesamtkonzeption. Frage des Plafonds der Militärkredite, des Verhältnisses der Luftwaffe zur übrigen Landesverteidigung.

Die Botschaft gibt keine Auskunft über die Organisation der Arbeit und der Verantwortlichkeit. Die Stufe Fabrikation und Forschung wurde bei der Miragebeschaffung nicht genügend auseinandergehalten. Mindestens sollte die Botschaft etwas über die Anordnung des Gutachtens Daenzer sagen.

Man sollte auf die Frage Antwort geben, ob der Bundesrat Lehren aus der Angelegenheit gezogen habe. Zum Beispiel, dass man künftig nur noch Waffen kaufe deren Entwicklung abgeschlossen ist, dass man nur verbindliche Offerten einholen werde, dass man keinen Kreditbedarf für Aenderungen präjudizieren werde, ohne den Bundesrat und die eidgenössischen Räte zu konsultieren. Hier sollte auch zur Frage der Lizenzfabrikation Stellung genommen werden, in dem Sinne, dass man eine kritische Prüfung in Aussicht stellt (S. 15/16 und 35).

Man sollte auch etwas sagen über die neue Beurteilung der Luftraumverteidigung. Mindestens sollte das Problem als solches in der Botschaft erwähnt werden. Es handelt sich dabei vor allem um die Fragestellung: "Kann sich die Schweiz als Kleinstaat überhaupt noch eine moderne Luftraumverteidigung leisten, und wenn nicht, was kommt dann als weniger kostspieliger Ersatz dafür in Frage"? Es handelt sich hier um Fragen, die entschieden werden müssen, wenn der Rat an das Problem weiterer Serienbeschaffungen von Mirageflugzeugen herantreten will. Der Sprechende habe heute schon persönlich die Auffassung, dass man auf Anschlussserien von Mirageflugzeugen verzichten sollte.

Diese Probleme sollten in der Botschaft mindestens aufgezeigt werden, auch wenn noch keine Antwort darauf gegeben werden könne. Es genüge, wenn man feststelle, dass man die Fragen prüfe.

Der Sprechende stellt fest, dass er s.Zt. als Einziger <sup>nicht nur</sup> aus wirtschaftspolitischen Ueberlegungen gegen die Miragebeschaffung gestimmt habe. \*~~Dazu sei~~ ein gewisses Unbehagen gehabt über die künftige Entwicklung. Er sei überzeugt, dass ~~es mit dem Draken aufs Gleiche herausgekommen wäre~~. bei dem Geiste der Arbeitsgruppe wären auch beim Draken alle diese oder andere Verbesserungen und Aenderungen verlangt worden. Er sei überzeugt, dass diese Leute beim Mirage ihre Kompetenzen überschritten hätten. Er könne dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Wahlen <sup>B</sup> teilt weitgehend die von Herrn Spühler <sup>H</sup> vertretene Ansicht.

Auf der ersten Seite werde der Arbeitsgruppe ein Kompliment gemacht. In der Folge werde verschiedentlich die Behauptung aufgestellt, dass man verschiedene Entwicklungen nicht habe voraussehen können. In einem kleinen Absatz sollte ein Hinweis gegeben werden auf die Bestellung der Expertengruppe Daenzer zur Prüfung der Verantwortlichkeit, die abzuklären hat, ob man gewisse Entwicklungen wirklich nicht habe voraussehen können.

Auf Seite 19 erweckt der Satz "Die Entwicklung eines Flugzeuges und seiner Ausrüstung und Bewaffnung steht nie still" Unsicherheit. Diese Unsicherheit werde noch verstärkt, wenn man erkläre, dass man den Gesamtbedarf nicht überblicken könne und dass

\* Er habe das  
mal schon

vielleicht neue Nachtragskredite erforderlich werden könnten. Auch das Element der Lizenzfabrikation sollte in dem Sinne kritisch erwähnt werden, dass man nach den gemachten Erfahrungen diese Lösung überprüfe.

Nebenbei bemerkt stellt sich die Frage, ob es nicht besser gewesen wäre, die Flugzeuge zunächst zu kaufen auf die Gefahr hin, dass sie zwei Jahre früher veraltet wären, dass man dann aber auf Grund der Erfahrungen etwas Verbessertes geschaffen hätte.

Auf Seite 31 unter "bisheriger Geschäftsablauf" sollte man etwas über die Konjunktur sagen. In der 1961er Botschaft wurde auf die Konjunktur Rücksicht genommen. Hätte man damals gewusst, welche Massnahmen der Konjunkturdämpfung man werde ergreifen müssen, hätte man vermutlich eine andere Lösung gewählt. Was mit dem Mirage vorgehe, sei ein wesentlicher Beitrag zur Konjunkturüberhitzung und sei deshalb als konjunkturwidrig zu betrachten. Auf Seite 38 werden die Ausdrücke "Preisgleitindices" und "Preisgleitsteuerung" verwendet, die den Eindruck erwecken, als ob nichts gegen das Weitergleiten getan werden könne. Es genüge von "Preisindices" und "Preisteuerung" zu sprechen.

Es fehlt ein Abschnitt über die verfassungsmässige Grundlage.

Anregung: Sollte man nicht die Prüfung der Bewaffnungs- und Ausrüstungsfrage der Zukunft einer Kleinkommission übertragen, welche die Luftverteidigung mit den übrigen Elementen der Landesverteidigung in Einklang zu bringen hätte? Man sollte in der Botschaft mindestens etwas sagen vom allgemeinen Willen des Bundesrates, die Frage unserer Landesverteidigung in ihrem ganzen Zusammenhang zu überprüfen. Einem Kleinstaat bleibe nichts anderes übrig, als aus allen Möglichkeiten sich zu verteidigen, eine Auswahl zu treffen. Der Sprechende glaube nicht, dass wir auf die Luftwaffe verzichten können. Er müsse aber feststellen, dass bei solchen Geschwindigkeiten unser Land in 2 Minuten durchflogen sei.

Herr Tschudi: Das Schlimmste am Ganzen ist, dass man wegen der Lizenzfabrikation in der Schweiz eine ganze neue Industrie aufgepäppelt hat, die ständig Beiträge verlangen wird. Das belastet uns weit über den Nachtragskredit hinaus.

Man darf nicht abstellen auf Prozente des Nationaleinkommens, sondern soll abstellen auf den Anteil der Militärausgaben im Verhältnis zu den Einnahmen des Bundes.

Herr Chaudet stellt fest, dass das Verhältnis der Militärausgaben zu den Einnahmen des Bundes eine gewisse Konstanz aufweise, gleichzeitig bestehe dabei ein ähnliches konstantes Verhältnis zwischen Militärausgaben und schweizerischen Volkseinkommen.

Man könne in der Botschaft die Frage der Verantwortlichkeit nicht behandeln, nachdem man mit der Abklärung eine Expertenkommission beauftragt habe, deren Bericht man nicht vorgreifen dürfe. Man sollte nicht in der Botschaft selber Vorwürfe gegen irgend jemand erheben. Man müsse das den Experten, der Presse und den Parlamentariern überlassen, um sich nachher zu verteidigen.

Die Arbeitsgruppe habe die Aufgabe gehabt, alle Interessen bei der Miragebeschaffung zu koordinieren. Man sei heute noch der

Meinung beim EMD, dass man kein anderes Flugzeug hätte wählen können als den Mirage. Auch der Draken und jedes andere Flugzeug hätte man unsern besondern Verhältnissen anpassen müssen.

Die finanziellen Konsequenzen seien schlimme. Man müsse sich aber fragen, ob man sparen dürfe, wenn man damit die Sicherheit unserer Piloten aufs Spiel setzen würde. Die Elektronik erleichtert die bei solchen Maschinen sehr schwierige Pilotierung. Der Mirage sei leichter zu fliegen als Venom und Hunter.

Es sei sehr schwer, alle Probleme, die sich stellen, in der Botschaft nur summarisch zu behandeln.

Was die angeregte Bestellung einer kleinen Kommission betreffe, könnte man vielleicht einen Ausschuss des Landesverteidigungsrates mit der erwähnten Aufgabe betrauen.

Herr Chaudet nimmt Stellung zu den kritischen Bemerkungen im Berichte des FZD durch Bekanntgabe des vorbereiteten Exposé.

Nachdem der Text seiner Stellungnahme in deutscher und französischer Sprache vorliegt, wird beschlossen, ihn für eine Aussprache der nächsten Sitzung auszuteilen. Damit erübrigt es sich, im Verhandlungsprotokoll auf Einzelheiten einzugehen.

Der Sprechende fragt, ob man wirklich von diesen Ausführungen etwas in der Botschaft aufnehmen solle? Es könnte sich dann nur um eine ganz kurze Zusammenfassung handeln, die nur Fragen aufwerfe ohne eine Antwort zu erteilen. Sobald man auf Einzelheiten eintreten würde, führe das viel zu weit.

Herr <sup>B</sup>Wahlen: Das Wichtigste wäre die Ergänzung der Botschaft durch:

1. einen kurzen Abschnitt, in welchem auf die Abklärung der Verantwortlichkeit hingewiesen würde;
2. einen Abschnitt in welchem eine Prüfung der Gesamtkonzeption in Aussicht gestellt würde. Diese Aufgabe könnte einem Ausschuss des Landesverteidigungsrates anvertraut werden.

Herr <sup>T</sup>Schaffner möchte die Frage stellen, ob man in der Botschaft genügend darauf hingewiesen habe, dass man die Mehrkosten in die künftigen Militärbudgets einbauen könne, ohne die Ausgabenseite zu erhöhen? Das was man den Beamten und den Bauern gegeben habe sei eine Kleinigkeit gegen diesen "Berg". Wenn man keinen solchen Passus hätte, müsse man sich überlegen, wie man sich mit den sicher zu erwartenden Angriffen auseinandersetzen wolle. Man müsse die Resorption dieser ~~Exzesses~~ <sup>"Überschreitung"</sup> irgendwie darzustellen suchen.

Eine zweite Frage richte sich an Herrn <sup>B</sup>Wahlen. Es stehe an einem Orte der Botschaft, dass man ein so schnelles Flugzeug brauche, um auch Feuerschläge über unsere Grenze hinaus machen zu können. Er möchte fragen, ob man so etwas in der Botschaft schreiben oder ob man es nicht besser für die Erläuterungen in den Kommissionen reservieren sollte?

Herr <sup>A</sup>Chaudet antwortet, man habe auf S. 9 geschrieben "Bekämpfung wichtiger Erdziele in der Tiefe des feindlichen Kampfraumes".

Man müsse sich den Kampf richtig vorstellen. Unsere Bomber müssten durch Jäger gegen die feindliche Flugwaffe gedeckt werden. Diese Jäger seien aber gleichzeitig selber Bomber, die aus sehr grosser Höhe mit sehr grosser Sicherheit treffen können. Die grosse Geschwindigkeit sei nötig, damit die Flugzeuge möglichst rasch in das Geschehen eingreifen, sich aber auch möglichst rasch wieder absetzen können. Im Moment des Kampfes könne man bei den in Frage kommenden Geschwindigkeiten nicht garantieren, immer in den Grenzen unseres Landes zu bleiben. Im Kriege sei es nicht ausgeschlossen, dass man absichtlich Ziele jenseits der Grenze bekämpfe. Wenn wir in Abwehr eines Angriffs im Kriege stünden, stelle sich das Problem, ob uns die Neutralität das erlaube, nicht mehr, weil unsere Neutralität gegenüber den Angreifer ja nicht mehr besteht.

Herr ~~Wahler~~<sup>B</sup> will diese Frage mit seinen Spezialisten noch näher prüfen.

Der Herr Vizepräsident<sup>G</sup> fasst das Ergebnis der Aussprache wie folgt zusammen.

In der Botschaft soll etwas gesagt werden über:

- a) Verantwortlichkeit und Gutachten Daenzer;
- b) Ausführungen über Konjunkturpolitik mit der Feststellung verbunden, dass trotz der Mehrkosten der Miragebeschaffung der Gesamtplafond der Militärausgaben eingehalten werden könne. Auf Seite 38 sollen die Begriffe "Preisgleitindices" und "Preisgleitsteuerung", die den Eindruck erwecken, dass man der Teuerung hilflos ausgeliefert sei, vermieden werden;
- c) Die Lizenzfabrikation sollte nicht nur gerühmt werden;
- d) Statt des nichtssagenden Absatzes VIII sollen Ausführungen gemacht werden über die künftige Militärpolitik und Luftverteidigungspolitik. Dieser Abschnitt soll ergänzt werden durch konjunkturpolitische, finanzpolitische und militärpolitische Ueberlegungen.

Herr Spühler<sup>R</sup> möchte, dass man, was die Konzeption betrifft, erklärt, dass die Frage der Luftverteidigung überprüft werde. Er wiederholt auch die Frage, ob man nicht erklären solle, dass man Lehren gezogen habe und dass man künftig nur noch abgeschlossene Waffenentwicklungen berücksichtigen werde und Aenderungen, die Mehrkosten verursachen, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der eidg. Räte anordnen bzw. vornehmen werde.

Herr Schaffner<sup>T</sup> stellt fest, dass man sich über den Schock als solchen einig sei. Könnte man den Schock nicht etwas weniger gross machen, indem man die Mehrkosten und die Teuerung trennt? Wenn man mit einem Kreditbegehren von 570 Millionen Franken komme, sei das die Sensation des Jahres. Wenn man die 220 Millionen der Teuerung nicht zahlenmässig in der Botschaft erwähnen, sondern lediglich etwas vage sagen würde, dass sich auch die Notwendigkeit zeige, die Teuerung auszugleichen, die sehr ausgeprägt sei, dann sei das schon viel weniger spektakulär. Die Teuerung habe man nicht in solchem Ausmasse voraussehen können.

*\* Ausgaben für die*

Dann werde man sagen können, man habe sich getäuscht in einer Grössenordnung von etwa 350 Millionen Franken.

Man könnte dann im Bundesbeschluss den Betrag aufteilen in 350 Mio für Mehrkosten und 220 Mio für Teuerung, indem man zwei gesonderte Artikel vorsieht.

Herr Bonvin möchte auf einige Fragen früherer Botschaften zurückkommen.

Man habe in der Botschaft 1961 erklärt, der für unsere Flugwaffe vorgesehene Typ verlange nur die Vornahme geringfügiger Aenderungen.

Herr Bourgnecht habe 1960 und 1961 seiner Beunruhigung Ausdruck gegeben. Er habe 1960 gesprochen von unrealistischen Kostenschätzungen und unrealistischen Annahmen. Er habe 1961 die Richtigkeit der Kostenschätzungen bezweifelt. Er habe empfohlen, auf vieles Wünschenswertes zu verzichten und habe vor der Bagatellisierung der finanziellen Seite gewarnt. Herr Bonvin bemerkt weiter, was die Maschine betreffe, so müsse festgestellt werden, dass sie ausgezeichnet sei.

Bei der Kostendarstellung müsse man die Kostenüberschreitung und die Teuerung für sich behandeln. Die Teuerung sollte man nicht so als unabwendbares Schicksal hinnehmen, wie das in der Botschaft geschehe. Sonst würde der Bundesrat annehmen, dass seine Ueber-

Der Herr Vizepräsident stellt fest, dass die Anregung, die beiden Beträge für Mehrkosten und Teuerung auseinanderzuhalten, unbestritten geblieben sei. Der Abschnitt auf S. 37/38 sollte entsprechend den verschiedenen Wünschen, die geäußert wurden, geändert werden.

Herr Spühler bemerkt, dass er ein Dokument von Herrn Oberstbrigadier Keller habe, worin festgestellt werde, das Waffensystem des Mirage könnte ohne wesentliche Aenderungen übernommen werden.

Beschluss: Das EMD wird beauftragt, die in der Diskussion gefallenen Anregungen nach Möglichkeit im Sinne einer Zusammenfassung der sich stellenden Probleme Rechnung zu tragen.

Ausdrücklich beschlossen sind:

- die Erwähnung der Expertise Daenzer
- die Umgestaltung von Absatz VIII
- die Aufnahme von Ausführungen über die Verfassungsmässigkeit
- die Korrektur der Ausführungen über die Teuerung, insbesondere der Verzicht auf die Begriffe "Preisgleitindices" und "Preisgleitteuerung"
- Aenderung des Beschlussentwurfes durch Aufnahme von zwei Artikeln, einer betreffend die Mehrkosten und einer betreffend die Teuerung.

Orientierung der Presse: Der Vizekanzler wird der Presse mitteilen, dass der Bundesrat eine eingehende Aussprache über die Botschaft betreffend Zusatzkredit für die Beschaffung von Kampfflugzeugen Mirage III gepflogen habe und dass die Botschaft im Laufe der nächsten Woche verabschiedet werden solle.

hitzungspolitik erfolglos sein werde. Er unterstützt den Vorschlag des Vorstehers des EVD

VolkswirtschaftsdepartementFörderung des Weinexportes

Herr Schaffner stellt im Hinblick auf die mit dem FZD bestehende Differenz fest, dass es sich um eine Frage des Masses handle. Man verwende Geld aus dem Fonds viticole. Es handle sich um zweckgebundenes Geld, das man einsetze. Die gewählten Zahlen seien willkürlich, sowohl diejenigen des EVD wie diejenigen des FZD. Er mache keine grundsätzliche Angelegenheit daraus. Vielleicht sollte man generell 250'000 Franken vorsehen.

Herr Bonvin empfiehlt Zustimmung zum Eventualantrag des FZD.

Es wird beschlossen, nach dem Kompromissvorschlag Schaffner jährlich 250'000 Franken vorzusehen ohne Abstufung für die einzelnen Jahre, sollte eine spätere Erhöhung nötig sein, so wird das EVD diese Erhöhung beantragen können.

U m f r a g eHr. W a h l e nEXPO - Einladung der Gattinnen der Diplomaten

Herr Wahlen teilt mit, dass die Intervention des Vizekanzlers bei der Expoleitung gescheitert sei, weil man für den offiziellen Tag alle Dispositiven getroffen habe und nichts mehr ändern könne. Man müsste konsequenter Weise auch die Gattinnen der Bundesrichter, des Organisationskomitees etc. einladen. An der Landi in Zürich habe man die Diplomategattinnen auch nicht eingeladen. Herr Wahlen habe noch ~~nicht~~ mit Herrn Despland gesprochen und ihm empfohlen, für die Damen der Diplomaten eine spezielle Berücksichtigung vorzusehen und die Einladungen dazu noch vor dem offiziellen Tag zu versenden.

Hr. B o n v i nZolleinnahmen für März 1964

Herr Bonvin gibt Kenntnis von den Märzzahlen, anhand der für die Presse bestimmten Mitteilung.

PräsidentialvorbringenEXPO - Reise zum offiziellen Tag der Eröffnung

Der Rat ist damit einverstanden, dass für die Rückreise ein Extrazug Lausanne Expo Gare ab 1815 - Bern an 1938 benützt wird.

150 Jahre Genf im Bunde der Eidgenossen, Feier vom 31. Mai 1964

Die Delegation des Bundesrates wird zusammengesetzt aus:

Herrn Bundespräsident von Moos

Herrn Bundesrat Chaudet

Herrn Bundesrat Wahlen.

(s. Beschlussprotokoll).

Franches montagnes, Antwort der "Commune des Les Genevez"

Von der Antwort wird Kenntnis genommen. Ad acta.

Juraproblem

Es wird beschlossen, die Frage der Möglichkeit einer Aufnahme des Gespräches mit den Separatisten zu prüfen. Das Thema soll unter Aussprache auf die Traktandenliste der nächsten Sitzung genommen werden.

Thun, 750 Jahre Stadtrecht

Die BK wird abklären, ob Präzedenzfälle vorhanden sind. In der nächsten Sitzung vorlegen.

Saignelégier, Marché de Chevaux

Der Name des Herrn Bundespräsidenten wird im Ehrenkomitee figurieren.

Das EMD soll einen höheren Offizier (Ausbildungschef oder Waffenchef der Leichten Truppen) abordnen. (s. Beschlussprotokoll).

Protokoll der letzten Sitzung

Das Verhandlungsprotokoll der 28. Sitzung vom 14. April 1964 wird genehmigt mit Korrekturen bei den Geschäften "Verhandlungen mit der Vereinigten arabischen Republik betr. Nationalisierungen", "Massnahmen zur Förderung des Sportes" und "Einladung der Firma OMEGA".

\* \* \*